

**PRESSEMITTEILUNG**



**Öffentlicher Dienst: DGB begrüßt schnelle erste Gesetzeslesung im Landtag.  
Spitzengespräch zur weiteren Klärung.**

Mittwoch, 19. Januar 2022

In seiner ersten Lesung des Gesetzesentwurfs hat der Landtag des Saarlandes einstimmig (bei einer Enthaltung) für eine Übertragung des Tarifiergebnisses auf Beamtinnen und Beamte gestimmt.

„Die Regierung hält Wort, und dieses zügige Vorgehen der Landesregierung begrüßen wir sehr“, stellt Bettina Altesleben für die DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes fest. Die stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Rheinland-Pfalz / Saarland hebt die Tatsache hervor, dass ein bundesweit mit den Gewerkschaften erzieltetes Tarifiergebnis hier mit einer von 16 Landesregierungen nachverhandelt werde: „Kein anderes Bundesland geht auf die berechnete Forderung einer Entlastung für Versorgungsempfänger\*innen ein.“ Insgesamt müsse eine Verbesserung der saarländischen Beamt\*innen im Ranking der Bundesländer angestrebt werden, was durch Einmalzahlungen nicht erreicht werden könne. Mit Blick auch auf ein anstehendes Spitzengespräch fordert Altesleben: „Die amtsangemessene Alimentation im Saarland muss umfassend und in einer Gesamtschau reformiert werden. Wir wollen, dass alles auf den Tisch kommt und unabhängig von der anstehenden Landtagswahl beraten wird. Wir müssen über unsere Forderungen wie das Zulagenwesen, die Umsetzung von Bundesverfassungsgerichts-Urteilen und andere wesentliche Fragen reden. Dabei dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen und müssen aus Gewerkschaftssicht alle Mitglieder im Blick behalten.“

Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstreicht Birgit Jenni:

„Die Bezüge der Ruheständler\*innen sind keine Spielwiese für Wahlkämpfe. Der Anspruch auf einen zumindest teilweisen Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten besteht unabhängig von Wahlterminen und sollte nicht spalten.“

**DGB-Region Saar-Trier**

PM 002/2022

**Thomas Schulz**  
Presse / EURES

thomas.schulz@dgb.de

Telefon: 06814000123  
Telefax: 06814000120  
Mobil: 0049 (0)15114274847

ts

Fritz-Dobisch-Str. 5  
66111 Saarbrücken

Thomas Müller (ver.di) hebt hervor:

„Angesichts der gestiegenen Inflation und der hohen Energiepreise bzw. aktuellen Preisentwicklung erscheint es uns unerlässlich, dass Tarifabschlüsse bei allen Betroffenen ihre Wirkung entfalten.“

David Maaß (GdP) fordert:

„Die 14 Leermomate treffen die Versorgungsempfänger\*innen und Hinterbliebene hart. Hier gebietet es die politische Wertschätzung, dass es zu einem Ausgleich kommt. Dies betrifft besonders Senior\*innen in den niedrigen Besoldungsgruppen. Wie mit der Landesregierung vereinbart, gilt es in dem avisierten Spitzengespräch eine Lösung zu finden.“